

Schuldenschnitt und Goldaufwertung

12.08.2018 | [Manfred Gburek](#)

Die Medien bombardieren uns täglich mit Informationen zum Stand des Handelskriegs, der im Wesentlichen zwischen den USA, China und Europa ausgefochten wird. Was wirklich dahintersteckt, bleibt jedoch fast immer im Verborgenen, nämlich das: US-Präsident Donald Trump wird bis zum 6. November ohne Rücksicht auf Verluste weiter international herumpoltern, keine Rücksicht auf freien Welthandel nehmen, konsequent sein "America First" einschließlich Förderung des heimischen Bergbaus und Bau einer Mauer an der Grenze zu Mexiko durchziehen und mit alldem riskieren, dass der Handelskrieg zum Auslöser eines Kurssturzes an den Aktienbörsen werden kann.

Am 6. November wird bekanntlich Hälfte von Trumps vierjähriger Amtszeit vorbei sein; an diesem Tag werden Senat und Repräsentantenhaus neu zusammengesetzt; so ist sein die Weltkonjunktur gefährdender Populismus zu verstehen. Dass er davon Abstand nimmt, kann man kaum erwarten - schließlich hat er bislang hinreichend bewiesen, dass er die USA nicht wie einen Staat führt, sondern wie einen kein Risiko scheuenden Konzern. Wobei noch angemerkt werden muss, dass dieser zum Konzern umgewandelte Staat eine Schuldenlast mitschleppt, die irgendwann in den kommenden Jahren mit einem Schuldenschnitt enden wird.

Dessen konkrete Ausgestaltung dürfte allerdings, bis es dazu kommt, offen bleiben. Zieht man die Erfahrungen aus den 30er sowie aus den 60er und 70er Jahren heran, fällt auf, dass die Dollar-Abwertungen auffallend oft mit dem Gold zu tun hatten: 1933 gaben die USA die Pflicht zur Goldeinlösung ihrer Währung auf und hoben den - damals noch nicht frei handelbaren, sondern offiziellen - Goldpreis in kurzen Abständen an. 1934 setzten sie die Goldparität willkürlich auf 35 Dollar je Feinunze fest. Dies entsprach einer starken Dollar-Abwertung.

In den 60er und 70er Jahren wiederholte sich dieses Spiel, nachdem der sogenannte Goldpool der führenden westlichen Länder im März 1968 einen offiziellen und einen kommerziellen Goldpreis beschlossen hatte. Was danach folgte, ist den Älteren unter Ihnen sicher noch bekannt: Am 15. August 1971 verweigerte der damalige US-Präsident Richard Nixon, beginnend mit einer markigen Fernsehansprache, die weitere Einlösung von Dollar in Gold. Dabei schimpfte er auf die ach so bösen Spekulanten - ein Witz, hatte er doch zuvor mit seiner Schuldenpolitik selbst erheblich dazu beigetragen, dass der Dollar an Wert verlor.

Und nun? Zweifellos ist während der vergangenen Jahrzehnte alles komplexer geworden. Nehmen wir uns also das eine oder andere wichtige Detail vor. Zum Beispiel die Goldbestände der ETFs: Sie sind laut World Gold Council, Interessenvertretung der Minenkonzerne, per Ende Juli nur noch marginal um 39 Tonnen auf 2.394 Tonnen gesunken. Diese rückläufige Entwicklung ist längst nicht mehr so stark wie in den vorangegangenen Monaten. Aktuell hat das ETF-Goldvermögen einen Wert von 94 Milliarden Dollar. Zum Vergleich: Die gesamten öffentlichen Staatsschulden der USA betragen 21,3 Billionen Dollar - eines von mehreren Missverhältnissen, die gegen den Dollar und für Gold sprechen.

Sind die Teilnehmer an den Devisen- und Edelmetallmärkten, zum Beispiel Investmentbanken und Hedgefonds, etwa Ignoranten, sodass sie Missverhältnisse wie dieses einfach nicht wahrhaben wollen? Nein, das sind sie nicht. Vielmehr betätigen sie sich lieber auf Spielwiesen, die ihnen von der Masse und von der Volatilität her lukrativer erscheinen als das für sie weniger interessante Gold. Zum Beispiel, indem sie mit Anleihen in deren vielfältigen Varianten einschließlich Derivaten handeln, also mit Schulden - nicht allein mit Staats-, sondern auch mit Unternehmensschulden, die ebenfalls gigantisch angewachsen sind.

Händler, die da mitmischen, sind bereits an marginalen Promille-Gewinnen interessiert, Hauptsache, die hin und her gewälzten voluminösen Anleihen oder Derivate erbringen unterm Strich in absoluten Zahlen das angestrebte Ergebnis. Gold wird in diesem Metier eher als Störenfried empfunden. Nur wenn sein Preis alle Jahre mal besonders kräftig ausschlägt, wird es von Händlern wahrgenommen. So geschehen für ganz kurze Zeit Ende September 1999 und für einige Monate im Sommer 2011 (beide Male aufwärts) sowie über weite Strecken 2013/14 (mit nur kurzen Unterbrechungen abwärts).

Zuletzt wurde eine neue Runde im großen Spiel ums Geld eingeläutet, die besonders spannend zu werden verspricht. Sie geht ausnahmsweise mal nicht von Donald Trump aus, der darin eher eine Nebenrolle spielt, sondern vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Dieser wird zwar von den USA dominiert, aber seine Chefin ist die raffinierte Französin Christine Lagarde. Sie äußerte sich vor Kurzem wie folgt: Europa müsse im Handelskrieg zwischen den USA und China als Vermittler auftreten. Dazu habe Europa die Macht, jedoch nur, wenn es geschlossen auftrete.

Diese Argumentation lässt aufhorchen, weil sie mittelbar gegen Deutschland gerichtet ist. Wie das? So: Frankreich strebt die Vorherrschaft in Europa an. Das geht zurzeit einfach, zumal Deutschland sich gerade politisch in einem desolaten Zustand befindet - man denke nur an die äußerst peinliche Affäre um Sozialschmarotzer. Das Streben Frankreichs ist zwar nicht neu, aber jetzt findet es mit vereinten Kräften statt: mit Helfershelfern von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, mit großen Teilen der EU-Bürokratie und mit dem IWF.

Es kommt noch raffinierter: IWF-Chefvolkswirt Maurice Obstfeld hackt plötzlich auf Deutschland herum. Es geht wieder - wie bereits bei seinen Vorgängern - um den angeblich viel zu hohen deutschen Leistungsbilanzüberschuss, der dieses Mal allerdings mit Begriffen kritisiert wird, die über das bisherige Ausmaß weit hinausgehen. Dazu nur zwei Beispiele: Obstfeld sieht in diesem Überschuss "eine mittelfristige Bedrohung der Finanzstabilität" und fordert von Deutschland, den "fiskalischen Spielraum" zu nutzen, um durch die "Erhöhung der Staatsausgaben die heimische Nachfrage anzuschieben". Kurzum, dahinter steckt die Forderung, Deutschland möge sich höher verschulden.

Das Gefährliche an den Äußerungen von Christine Lagarde besteht darin, dass sie Europa ins Spiel bringt, dieses zusammenhanglose, auf viel zu hohen Schulden basierende Konglomerat, dessen Führung Emmanuel Macron trickreich anstrebt. Und was Obstfeld im Namen des IWF von sich gibt, ist deshalb so gefährlich, weil es pseudowissenschaftlich untermauert wird. Die Ökonomie war noch nie eine Wissenschaft, sie wird es auch nie werden können. Und um nochmals auf das Gold zurückzukommen: Seine Aufwertung ist angesichts der vorhandenen wie vor allem auch der weiter wachsenden Schuldenberge nur eine Frage der Zeit.

Dazu wieder der Link zu meinem [neuen ebook](#).

© Manfred Gburek
www.gburek.eu

Manfred Gburek ist neben seiner Funktion als Kolumnist privater Investor und Buchautor.

Neu bei gburek.eu: Ertragen Sie Schmerzensgeld!

Dieser Artikel stammt von GoldSeiten.de

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/386014--Schuldenschnitt-und-Goldaufwertung.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2025. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).